

Die Kamera im Arbeitskampf

Industrie- und Mediengeschichte
im Ruhrgebiet der 1980er Jahre



Reihe: Westfalen in historischen Filmen

DVD mit Begleitheft, 2019 (D 201)

Film 40 Min., Farbe

plus ein historischer Film, 1 Std. 44 Min., Farbe

Die Filme auf dieser DVD sind durch das Urheberrecht geschützt. Neben der privaten Aufführung können sie zu nichtgewerblichen Zwecken öffentlich gezeigt werden. Alle Urheber- und Leistungsschutzrechte vorbehalten. Vermietung, Sendung, Vervielfältigung und gewerbliche Vorführung sind ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet.

Etwaige Anfragen sind zu richten an:

LWL-Medienzentrum für Westfalen

Fürstenbergstr. 13-15, 48147 Münster

E-Mail: medienzentrum@lwl.org

Internet: www.lwl-medienzentrum.de

Begleitheft zur DVD

Herausgeber:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe

LWL-Medienzentrum für Westfalen

Redaktion: Claudia Landwehr, Timo Nahler

Titelbild: Arbeiter im Gespräch mit dem Filmteam

Standbild aus dem Film „Der Konsul ist schon lange tot“

Entwurf Umschlag und Label: B&S Werbeagentur Münster

www.werbeagentur.ms

Satz und grafische Gestaltung: Ute Havers

Druck und DVD-Herstellung: CUBE medien GmbH & Co. KG, München

ISBN 978-3-939974-74-1

© 2019 Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Die Kamera im Arbeitskampf

Industrie- und Mediengeschichte
im Ruhrgebiet der 1980er Jahre

Begleitheft zur DVD

herausgegeben vom
LWL-Medienzentrum für Westfalen

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einführung Claudia Landwehr	5
2. Das Werk lebt nicht vom Flansch allein Die wechselvolle Geschichte der „Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke AG“ / „Leo Gottwald KG“ / „Mönninghoff GmbH“ in Hattingen Benedikt Weiß / Thomas Weiß	6
3. Dieser Betrieb ist besetzt Der Kampf um die Mönninghoff GmbH in Hattingen 1983/84 Otto König	17
4. Der Konsul ist schon lange tot: Die Kamera im Arbeitskampf Vom dokumentarischen Feldversuch zum politischen Filmprojekt Timo Nahler	23
5. Produktionsangaben	31
6. Struktur der DVD	33

1. Einführung

Claudia Landwehr

Anfang der 1980er Jahre ist die Flanschenfabrik Mönninghoff in Hattingen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten von der Schließung bedroht. Die Belegschaft geht in den Arbeitskampf. Schließlich gibt es auch von Seiten der Politik die Bereitschaft, das Werk zu retten. Doch der Kampf um den Erhalt des Betriebes scheitert an der Weigerung einer Bank, das „Hattinger Modell“ finanziell mitzutragen.

Diese aufreibende Zeit wird von einem Filmteam begleitet. Mitglieder des 1981 gegründeten Medienzentrums Ruhr e.V. beschließen gemeinsam mit acht Kursteilnehmer*innen eines Volkshochschulkurses in der Filmwerkstatt Essen-Borbeck, den Arbeitskampf der Belegschaft festzuhalten. Ohne wirkliches Konzept probieren sich die filmischen Laien an dem, was sie soeben im Videokurs kennengelernt haben. Begeistert von Mut und Entschlossenheit der „Mönninghoffer“ und fasziniert von deren Arbeitswelt fahren die Videofilmer*innen über Wochen immer wieder nach Hattingen. Ergebnis ist 1985 ein Film mit dem Titel „Der Konsul ist schon lange tot“.

35 Jahre später geht der Filmemacher Daniel Huhn im Auftrag des LWL-Medienzentrums den damaligen Ereignissen in einem neuen Dokumentarfilm mit dem Titel „Die Kamera im Arbeitskampf“ nach. Eingebettet in Ausschnitte aus „Der Konsul ist schon lange tot“ sowie unterstützt durch weiteres filmisches und fotografisches Archivmaterial beleuchten Zeitzeugeninterviews die Geschichte der Filmentstehung im Kontext des Arbeitskampfes bei Mönninghoff. Ehemalige Angehörige der „Produktionscombo schneller suum“ und des Medienzentrums Ruhr, ehemalige Arbeiter von Mönninghoff und Gewerkschafter sowie ein Hattinger Stadthistoriker kommen zu Wort. Mit einem Abstand von mehr als drei Jahrzehnten erzählen sie von den Hintergründen und ihren individuellen Erfahrungen als Teil eines Arbeitskampfes und eines filmischen Experiments, berichten von persönlichen und strukturellen Grenzen, von Enttäuschung und Frustration, aber auch von Hoffnung und Solidarität.

Neben dem Hauptfilm enthält die DVD den 104-minütigen Film „Der Konsul ist schon lange tot“, der während des Arbeitskampfes der Belegschaft Mönninghoff 1983/84 entstanden war. Der Film wurde 2019 vom Team des LWL-Medienzentrums einer aufwändigen digitalen Überarbeitung unterzogen. Auch die Tonmischung wurde optimiert. Inhaltliche, dramaturgische oder gestalterische Veränderungen wurden hingegen vermieden, um Authentizität und Charakter des ursprünglichen Werkes bestmöglich zu bewahren.

2. Das Werk lebt nicht vom Flansch allein

Die wechselvolle Geschichte der „Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke AG“ / „Leo Gottwald KG“ / „Mönninghoff GmbH“ in Hattingen

Benedikt Weiß / Thomas Weiß



Briefkopf der „Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke A. G.“, 1906.

Quelle: Staatsarchiv Leipzig, Bestand 20884 Nr. 13, Briefkopf aus dem Jahre 1906.

Die Betriebsgründung in Hattingen

„Industrie ist in der Stadt Hattingen selbst nur in geringem Umfange vorhanden“, hieß es 1910 in einer städtischen Festschrift.¹ So waren es Anstrengungen, diesen wirtschaftlichen Mangel zu beheben, die die Lokalpolitiker zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorrangig beschäftigten. Zwar war die Stadt vor allem durch die in der benachbarten Gemeinde Welper gelegene Henrichshütte auf knapp 9.000 Einwohner angewachsen, doch erwies es sich als schwierig, industrielle Werke für das eigene Stadtgebiet anzuwerben. Im Jahre 1897 ging der Stadtrat schließlich aktiv daran, die nötigen Voraussetzungen für ein Industriegebiet am Beul zu schaffen. Auf eigene Rechnung erstellte die Stadt ein Anschlussgleis zum Hattinger Bahnhof und erwarb Ackerland, um es an potentielle Industriegründer abtreten zu können. Und tatsächlich hatten die Bemühungen dieser weitsichtigen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Erfolg: Als erster Betrieb, zu dem das städtische Anschlussgleis führte, nahm das „Märkische Stahlwerk“ im Jahre 1899 an der Industriestraße den Betrieb auf. Durchschnittlich 80 Arbeiter fertigten dort Siemens-Martin-Stahlformguß für alle Zwecke.

Ein Jahr später errichteten die „Essener Flanschenfabriken und Stanzwerke, Ernst Hoefinghoff“ unmittelbar neben dem „Märkischen Stahlwerk“ eine Niederlassung. Zum technischen Direktor dieses Werkes wurde Gustav Andereya aus Rheydt bestellt. Bis 1932 sollte er engagiert und innovativ die Geschicke des Hattinger Flanschenwerkes maßgeblich gestalten. Nach dem Tod des Firmeninhabers wurde das Unternehmen am 19. Juni 1901 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

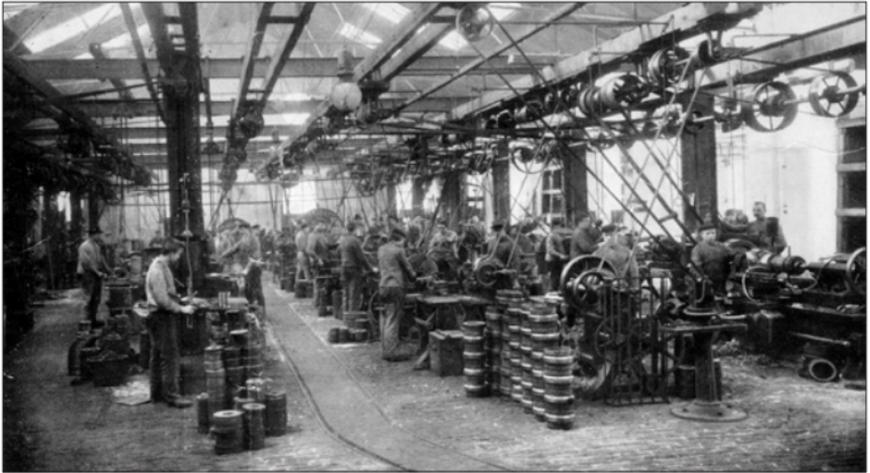
„Bei der Krisis in der Eisenindustrie im Jahre 1902 empfanden die einsichtsvollen Besitzer und Leiter der Unternehmungen, daß es vorteilhafter sei, sich zusammenzuschließen, als durch gegenseitige Bekämpfung die Werke gänzlich unrentabel zu machen.“² So wurde durch den Zusammenschluss der „Flanschenfabriken und Stanzwerke, vorm. Ernst Hoefinghoff“ in Hattingen, der Firma „A. Halbfaß, Flanschenfabrik in Regis“ und den „Press-, Stanz- und Dampfhammerwerke, August Linde & Co.“ in Duisburg Wanheimerort am 21. Juni 1902 die „Vereinigte Flanschenfabriken & Stanzwerke Aktiengesellschaft“ gegründet. Im Volksmund hieß das Unternehmen schlicht „Flanschenwerk“.

Die wirtschaftliche Lage der jungen Gesellschaft war anfangs derart niederschmetternd, dass der Aufsichtsrat sogar über eine mögliche Schließung des Hattinger Werkes beriet. Wesentliche Gründe schienen im jahrelang tobenden ruinösen Wettbewerb und verlustreichen Preiskrieg zwischen den konkurrierenden Firmen zu liegen. Das erste Geschäftsjahr endete mit einem Verlust von 87.649 Mark.

Die hauptsächliche Aufgabe der Leitung der vereinigten Werke bestand nun darin, die Fabrikation in den einzelnen Werken zu spezialisieren und dadurch die Leistungsfähigkeit jeder Fabrikationsstätte zu erhöhen. Ein Sanierungsplan führte zur Schließung der Abteilungen in Werl und Duisburg und dem intensivierten Ausbau der Werke Regis und Hattingen.

In Hattingen zeigte sich Direktor Andereya besonders kreativ. Wegen andauernd schlechter Flanschengeschäfte suchte er neue Produktionsfelder und stellte für die Entwicklung innovativer Spezialartikel einen technischen Beamten ein: Speckwürfel-Schneidemaschinen, Milchzentrifugen oder eine mechanische Schrottleiter mit selbsttätiger Kippvorrichtung ergänzten die Produktpalette. Die Aufschnitt-Schneidemaschine errang 1905 die Goldene Medaille auf der Leipziger Ausstellung.

Die Bemühungen zeigten Erfolge, so dass der Vorstand im Geschäftsbericht des Jahres 1907 einen Reingewinn von 385.191 Mark für die „Verei-



Arbeiter in der Dreherei um 1905.

Quelle: Stadtarchiv Hattingen, Zeitungs-sonderausgaben 101. Historisch-biographische Blätter. Industrie, Handel und Gewerbe. Vereinigte Flanschenfabriken & Stanzwerke A.-G. Hattingen a. d. Ruhr, Ecksteins Biographischer Verlag Berlin, 1907.

nigten Flanschenfabriken und Stanzwerke AG“ verbuchen konnte. An die Aktionäre wurde die stolze Dividende von zwölf Prozent ausgeschüttet. Die Direktion ließ die Hattinger Belegschaft an dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens teilhaben: Sämtliche 110 Arbeiter erhielten eine Einladung ins Restaurant Windgassen. „Während die Arbeiter durch Speise und Trank reichlich bewirtet wurden, sprach Herr Direktor Andereya denselben in herzlichen Worten seinen Dank und Anerkennung für ihre treue Mitarbeit aus, durch welche sie zu dem günstigen Jahresergebnis beigetragen hätten, überreichte dann jedem Arbeiter als sichtbares Zeichen dieser Anerkennung ein dem Dienstalter entsprechendes Geldgeschenk.“³ Die Arbeiter ließen „mit dem Gelöbnis auch fernerer treuester Pflichterfüllung den herzlichsten Dank aussprechen und versicherten Herrn Direktor Andereya ihrer aufrichtigen Treue und Anhänglichkeit und brachten ihm ein brausendes dreifaches Hoch.“⁴

Zu den von der Direktion als Belohnung für die Werksangehörigen regelmäßig veranstalteten Sommerfesten auf der Schulenburg waren auch deren Familien eingeladen. Neben Kaffee und Kuchen wurden den Gästen u. a. Gesangsbeiträge des Werkschores „MGV Liederkrantz“, Theaterstücke, Luftballonwettbewerb und Feuerwerk geboten. Das vertrauensvolle Einvernehmen zwischen Werksleitung und Arbeitern, der



Belegschaft der „Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke A. G.“ um 1905.
Quelle: Stadtarchiv Hattingen, Fotoarchiv, Scan-2571.

Gemeinschaftssinn sowie das über Jahrzehnte immer wieder betonte gute Arbeitsklima belohnte die Belegschaft mit einer seltenen Werks-treue. „Und zum Wohle der Stadt Hattingen! [...] Auch wenn es galt, wohl-tätige Bestrebungen zu unterstützen und der Stadt außersteuerlich geldlich unter die Arme zu greifen, dann stand die ‚Flanschenfabrik‘ stets in der vordersten Reihe der ‚offenen Hand‘. So bestanden und bestehen zum Wohle der Stadt angenehme Beziehungen zwischen ihr und ihrem ersten Werke und besten Steuerzahler.“⁵

Im Jahre 1913 bot sich dem „Flanschenwerk“ die Gelegenheit zur Expansion. Durch den Ankauf des in Konkurs geratenen benachbarten „Märkischen Stahlwerks“ sowie den Erwerb größerer anliegender Grundstücke hatte sich die Hattinger Niederlassung den weiteren rationellen Ausbau und eine ausreichende Entwicklungsmöglichkeit der Betriebe für abseh-bare Zeit gesichert. Das Werksgelände erweiterte sich auf etwa 40.000 m², wovon 11.000 m² bebaut waren, und gliederte sich in vier Abteilun-gen: In den neu erworbenen Anlagen wurde ein modernes leistungsfähiges Hammerwerk zur Fertigung von Flanschen und Schmiedestücken für Schiffs-, Waggon- und Automobilbau sowie Gesenkschmiedestücke aller Art eingerichtet. Eine besondere Abteilung belieferte die Eisen-bahn mit sämtlichen Artikeln für Gleise, Schienen und Schwellen. In der ursprünglichen Flanschenfabrik wurden schmiedeeiserne Flanschen aller Art und für jeden Verwendungszweck bis zu einem Durchmesser von 3

Metern hergestellt. Das Stanz- und Presswerk produzierte Pressteile bis zu den größten Abmessungen besonders für den Waggon- und Automobilbau. Im Zuge der Neuausrichtung des Hattinger Werkes genehmigte der Aufsichtsrat zudem den Bau eines modernen Verwaltungsgebäudes. Fernsprecher mit vielen Nebenanschlüssen durch die ganze Fabrikanlage ermöglichten eine rasche Verständigung.

Das Werk im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg bescherte den „Vereinigten Flanschenfabriken“ Rekordgewinne. Schon Ende 1914 stellte der Vorstand fest: „Infolge großer Aufträge in Kriegsmaterialien während der letzten drei Monate des Jahres ist das Werk Hattingen vollbeschäftigt gewesen und arbeitet seitdem sogar mit Überstunden bei lohnenden Preisen.“⁶ Die Kriegsproduktion stieg mit den Jahren auf täglich bis zu 500 Granaten und 200 Stück Minen, der Reingewinn steigerte sich bis 1918 auf 2.683.934 Mark. Die zum Kriegsdienst einberufenen Werksangehörigen versuchte man zunächst durch Arbeiterinnen zu ersetzen, 1915 waren im Werk bereits 40 Frauen beschäftigt. Ab 1916 mussten auch 27 russische, 16 britische und 7 französische Kriegsgefangene beim „Flanschenwerk“ arbeiten. Im selben Jahr wurde an die Aktionäre eine Dividende von 18 Prozent ausgeschüttet.

Gleichzeitig versuchte die Werksleitung auch ihrer sozialen Verpflichtung nachzukommen. Für das Hattinger Werk wurde 1916 die Gründung einer eigenen Krankenkasse beschlossen, 1918 riefen die „Vereinigten Flanschenfabriken“ eine Stiftung für die Kriegswohlfahrtspflege der Stadt Hattingen in Höhe von 30.000 Mark ins Leben. Erhebliche Rückstellungen sollten zudem das finanzielle Polster bilden, das die „Überleitung in die Friedenswirtschaft“ für die Gesellschaft und die etwa 400 Hattinger Werksangehörigen erleichtern würde.

Der Neuanfang nach Ende des Ersten Weltkrieges gestaltete sich jedoch schwieriger, als die Verantwortlichen prognostiziert hatten: „Die seit Ausbruch der Revolution völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse sind auch auf unsere Gesellschaft naturgemäß nicht ohne Einfluss geblieben. Die Einführung des 8 Stunden Arbeitstages hat einen wesentlichen Rückgang der Produktion zur Folge gehabt. Die enorme Steigerung der Arbeitslöhne, die Schwierigkeiten in der Material- u. Kohlenbeschaffung stellen eine lukrative Fabrikation erstlich in Frage.“⁷ Im Frühjahr 1919 mussten infolge Kohlemangels in Hattingen die Öfen für etwa 6 Wochen

stillgelegt werden. Im Laufe der Zeit arrangierte man sich jedoch mit den neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Im November 1920 erwarb die jüdische Familie Stern aus Essen/Gelsenkirchen die Aktienmajorität der „Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke AG“. Max Stern, Hermann Stern und Felix Raphael übernahmen herausragende Positionen in Aufsichtsrat und Vorstand. Die Max Stern AG hatte als Schrottgroßhandel- und Lagerbetrieb nach Kriegsende durch die Verwertung von Kriegsschrott große Gewinne erzielt und verfügte über erhebliche flüssige Mittel. Die neuen Eigentümer sahen die „Vereinigten Flanschenfabriken“ angesichts eines drohenden Währungsverfalls vorrangig als sichere Geldanlage. Ein unmittelbares Interesse an der industriellen Produktion selbst hatten Sterns wohl nur in geringem Maße. Folglich kam es in den folgenden Jahren immer häufiger zu Konflikten mit dem Hattinger Werksdirektor Andereya, der sich mit zukunftsweisenden, aber auch kostenintensiven Modernisierungs- und Investitionsvorschlägen im Aufsichtsrat nicht mehr durchsetzen konnte.

Die Besetzung Hattingens durch französisch-belgische Truppen in den Jahren 1923-1925 führte zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten: „Der größte Teil der Belegschaft ist bis auf etwa 50 Mann entlassen, die zum weitaus größten Teile unproduktive Arbeiten leisten.“⁸

Die andauernde Wirtschaftskrise und die hohen Verluste hatten schließlich zur Folge, dass das Werk in Regis im Jahre 1930 vorerst geschlossen und der Verwaltungssitz der Gesellschaft nach Hattingen verlegt wurde. Im Hattinger Werk war es jedoch „bisher gelungen, unseren Betrieb einigermaßen, und zwar für 4 Tage in der Woche, mit auf ca. 175 Mann reduzierter Belegschaft zu beschäftigen“⁹. Als Direktor Andereya zwei Jahre später erneut Überlegungen, das Hattinger Werk wegen Unrentabilität stillzulegen, abwehren musste und Rationalisierungsvorschläge für die Familie Stern ausarbeiten sollte, reagierte er mit einem ungewöhnlich emotional formulierten Antwortschreiben. Darin kritisierte er scharf das Missmanagement der Eigentümer. Andereya schied im Juni 1932 als Direktor des Hattinger „Flanschenwerkes“ aus.

Die Flanschenwerke in der NS-Zeit und im Zweiten Weltkrieg

Nach der Machtübernahme gerieten die „Flanschenwerke“ wiederum in Existenznöte, diesmal allerdings nicht wegen wirtschaftlicher Probleme.

Vielmehr drohte dem jüdischen Unternehmen aus Gründen der nationalsozialistischen Rassen-Ideologie das Aus. Im Interesse der Gesellschaft legten die jüdischen Eigentümer im Juni 1933 ihre Ämter in Aufsichtsrat und Vorstand nieder, Dr. Karl Wendt und Max Köhler, langjährige loyale Weggefährten, übernahmen offiziell die Verantwortung: „Das Werk hat nunmehr ausser einem arischen Vorstand drei arische Prokuristen, die die Firma vertreten. [...] Wir nehmen an, daß nunmehr die von Ihnen als notwendig erklärte Gleichschaltung erfolgt ist, wobei wir noch bemerken, daß sämtliche genannten Herren auf durchaus nationalem Boden stehen.“¹⁰

Die Nationalsozialisten schienen überzeugt, in den folgenden Jahren führten u. a. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung zu großen Umsatzsteigerungen und dem Anwachsen der Belegschaft auf etwa 330 Arbeiter und 45 Beamte. Selbst das stillgelegte Werk in Regis konnte 1936 wieder in Betrieb genommen werden. „Die Fabrikate der Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke AG sind in ganz Deutschland bekannt. Exportiert wird nach den Ländern: Holland, England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Randstaaten, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Österreich, Griechenland, Italien, Spanien, Türkei, Palästina, Ägypten, Südafrika, Indien, China, Südamerika.“¹¹

1937 erregten die „Flanschenwerke“ als „nicht-arischer“ Betrieb erneut die Aufmerksamkeit des NS-Regimes. Es drohten der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen (Reichsbahn) sowie eine Reduzierung der Rohstoffzuteilungen. Im Auftrag der Familie Stern, die sich durch die ständigen Repressionen immer mehr gezwungen sah, ihre Aktienmajorität zu veräußern, sei die Deutsche Bank „jahrelang mit den Flanschen-Aktien ‚hausieren‘ gegangen“¹².

Anfang 1938 stimmte die Familie Stern schließlich dem Angebot des Düsseldorfer Bankiers Generalkonsul Leo Gottwald zu, die Aktienmajorität der „Vereinigten Flanschenfabriken und Stanzwerke AG“ zu einem „ausgezeichneten und beide Teile befriedigenden“ Kurs von 140% zu erwerben. Im November 1938 wurden die „Flanschenwerke“ in die Firma Leo Gottwald KG eingegliedert. Dazu gehörten die Werke Düsseldorf-Reisholz (Krane/Bagger), Gößnitz (Maschinen), Hattingen (Flanschen- und Stanzwerk) und Regis-Breitingen (Flanschenbearbeitung), Bernburg sowie das Bankhaus Schliep und Co. in Düsseldorf.

Der Zweite Weltkrieg brachte für die „Flanschenwerke“ wieder prall gefüllte Auftragsbücher und üppige Gewinne. Wie im Ersten Weltkrieg wurden erneut Hattinger Frauen für die Kriegsfabrikation eingesetzt. Produziert wurden: Hindernispfähle, Bombenböden für die Bombe Frieda, Pressteile für Pakgeschütze, Lafetten und Panzer. Etwa 160 sowjetische Kriegsgefangene sowie 100 italienische Militärinternierte mussten in den Hattinger „Flanschenwerken“ Zwangsarbeit leisten. Selbst als sich Ende 1944 Deutschlands Niederlage immer deutlicher abzeichnete, prognostizierten die Betriebsleiter der einzelnen Gottwaldwerke für die Zeit nach Kriegsende überaus günstige Zukunftsaussichten: „Für die Werke Hattingen und Regis sind auf diesem Gebiete wohl kaum Änderungen nötig, da wir in diesen Werken von heute auf morgen zu unserer Friedensproduktion übergehen können. [...] Im Werk Düsseldorf dürften besondere Schwierigkeiten wohl nicht eintreten, da man auf die frühere Produktion (Kran-, Bagger- und Rammenbau) zurückgreifen würde, die ja wohl nach den unendlichen Zerstörungen in den Landen Europas in Mengen gebraucht würde.“¹³

Die Gottwaldwerke in der Wirtschaftswunderzeit

Die optimistischen Prognosen sollten sich erfüllen. Nach einem mühsamen Neuanfang – Bombenschäden mussten repariert werden, langwierige Entnazifizierungsprozesse klärten die Verstrickungen der „Flanschenwerke“ und ihrer Leitung mit dem nationalsozialistischen Regime, Betriebsgenehmigungen der alliierten Besatzungsbehörden mussten eingeholt werden – profitierten die Gottwald-Werke tatsächlich vom Wiederaufbau. Schon im Jahre 1950 war „die Jacke zu eng geworden“¹⁴. Eine neuerrichtete 3.200 m² große Werkshalle längs des Hattinger Bahnhofs half, allen Anforderungen gerecht zu werden und genügend Arbeitsmöglichkeiten für die 600 Mann umfassende Belegschaft zu haben. Lediglich die in der DDR liegenden Zweigwerke in Regis, Gößnitz und Bernburg entglitten immer mehr dem Einfluss Leo Gottwalds, bis sie Mitte der 1950er-Jahre in Volkseigentum überführt wurden.

Doch in Hattingen stand das Konjunkturbarometer weiter auf „gut Wetter“, das legendäre Wirtschaftswunder machte es möglich. Das größte Flanschenwerk Europas, das für die ganze Welt fabrizierte, stellte am 30. August 1956 den tausendsten Gottwaldwerker ein, das Werksgelände glich in den Folgejahren einer Großbaustelle: Lagerkeller (1956), Waschkau (1956), Verwaltungsgebäude (1958), Werkshalle an der Engelbertstraße (1960), Stahlwerk (1962).



Generalkonsul Leo Gottwald, um 1939.
Quelle: Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-31, Erinnerungsblatt zur Verleihung des Gaudiploms für hervorragende Leistungen am 24. Juli 1939.

Motor des Erfolges: Leo Gottwald, ein Industrieller alter Schule mit dynamischem Unternehmergeist und klarem Blick für wirtschaftliche Zusammenhänge. 1886 in Schlesien geboren, kam er nach dem Ersten Weltkrieg zunächst als Bankier ins Rheinland. Noch im hohen Alter arbeitete er von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr. Neben eiserner Disziplin zeichnete ihn aber auch eine tief empfundene Zuneigung für seine Werksfamilie aus. Seine soziale Einstellung gegenüber den Menschen, die in seinem Werk Beschäftigung fanden, wurde stets lobend hervorgehoben. Dieses Verantwortungsgefühl erstreckte sich auf ganz Hattingen. Spenden für das noch heute erklingende Glockenspiel im Krämersdorf, das Hallenbad oder eine Vibrationswalze zur Pflege der TUS-Sportanlagen

lassen das soziale Engagement des beliebten „Patriarchen“ erkennen. Leo Gottwald wurde für seine langjährigen Verdienste im Jahre 1971 der erste Ehrenring der neuen Stadt Hattingen verliehen.

Schon in den 1960er-Jahren übernahm Dr. Hans Dieter Gottwald neben seinem sehr aktiven Vater Verantwortung im Unternehmen. Nach dem Tod Leo Gottwalds am 23. April 1974 ging die alleinige Leitung der Gottwaldwerke in Hattingen und Düsseldorf in seine Hände über.

Die letzten Jahre

Völlig unvorbereitet erfuhr die Belegschaft am 2. Juli 1980 von der „Verschmelzung“ ihres „Flaschenwerkes“ mit der Bochumer „Mönninghoff GmbH“ des Großunternehmers Dr. Herbert Schnapka. „IG Metall und Betriebsrat haben energisch gegen die Verfahrensweise protestiert. [...] Dr. Gottwald unterrichtete den Betriebsrat erst, als der Vertrag bereits unterzeichnungsreif im Schreibtisch lag. Das Wort Verkauf wird seitdem in allen Mitteilungen vermieden. Man spricht von Verschmelzung. Der Effekt

ist der gleiche: einer der größten Industriebetriebe Hattingens verliert seinen Firmensitz und wird zum Filialunternehmen.“¹⁵ Zum Schnapka-Unternehmen gehörten insgesamt vier Flanschenfabriken sowie mit der Bomin-GmbH eine der größten Erdöl- und Erdgashandelsgesellschaften der Bundesrepublik.

Schon bald sollte sich zeigen, dass die Befürchtungen der Gottwald-Belegschaft, dass bei „Verschmelzungen“ nur zu oft die Arbeitsplätze dahinschmelzen, nicht unberechtigt waren. Ende 1982 verdichteten sich die Anzeichen, dass sowohl Mönninghoff-Gottwald als auch der Bomin-Konzern in eine bedrohliche Schieflage geraten waren. Das Sanierungskonzept sah die Personalreduzierung, Schließung des Bochumer Werkes und Konzentration der Produktion am Standort Hattingen vor. Sollte es jedoch nicht gelingen, die Mönninghoff GmbH aus der Vergleichsmasse der Bomin-Gruppe herauszulösen, drohte dem „Flanschenwerk“ der Konkurs und den etwa 1.000 Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. „Krise bei Stahl und Eisen trifft Hattingen ins Herz“¹⁶. Für Hattingen begann im Mai 1983 der erste Arbeitskampf um die lokale Stahlindustrie, viele weitere Arbeitskämpfe um die Henrichshütte oder O&K sollten folgen. Am 17. Mai 1983 erreichte bei einer emotionalen Solidaritätskundgebung auf dem Untermarkt etwa 6.000 Hattinger die vermeintlich erlösende Nachricht, dass die Mönninghoff GmbH durch die Gewährung neuer Kredite vorerst weiter arbeiten könne.

Doch Mönninghoff sollte nicht zur Ruhe kommen. Nachdem die Vertreter der kreditgebenden Banken festgestellt hatten, dass keine reelle Überlebenschance mehr für das Unternehmen bestünde und die Auszahlung der Kredite stornierten, wurde am 25. Januar 1984 der Vergleich beantragt. Die trotzig Reaktion der Mönninghoffer: „Wir lassen uns nicht wie ein Stück Schlachtvieh abmurksen!“¹⁷ Am 31. Januar 1984 entschied sich die Belegschaft einstimmig für eine radikalere Form des Arbeitskampfes gegen die „mensenverachtende“ Politik der Banken: „Wir, die Arbeiter und Angestellten der Firma Mönninghoff erklären, daß wir angesichts der existenzbedrohenden Umstände für uns und unsere Familien mit sofortiger Wirkung – zum Schutze der Produktionsanlagen und unserer Arbeitsplätze – befristet den Betrieb besetzen.“¹⁸ Getragen von einer Welle der Solidarität reifte bei der Belegschaft die Überzeugung, den Betrieb gegen alle Widerstände in Eigenregie weiterführen zu können. Das so genannte „Hattinger Modell“ setzte die aktive finanzielle Beteiligung der Stadt Hattingen, des Landes NRW sowie einen Forderungsverzicht der Banken voraus.

Obwohl sich der „Betrieb in Arbeiterhand“ unerwartet gut auf dem Markt behaupten konnte, scheiterte das Modell am 8. Mai 1984 nach 16-wöchigem Arbeitskampf am Widerstand der Dresdener Bank, die sich von einer Versteigerung des Betriebes einen größeren Gewinn versprach. „Das grüne Band der Sympathie erdrosselt die Mönninghoff-Belegschaft.“¹⁹

Am 29. Juni 1984 beendete die letzte Schicht bei Mönninghoff die 85-jährige Geschichte der Flanschen aus Hattingen.

Anmerkungen

- 1 Stadt Hattingen, Festschrift zur Einweihung des Rathauses zu Hattingen am 10. Dezember 1910, S.119.
- 2 Wirtschaftlicher Heimatführer für Westfalen, S.197ff. Düsseldorf 1920, S. 197ff.
- 3 Stadtarchiv Hattingen, Hattinger Zeitung vom 17. April 1907.
- 4 ebd.
- 5 Unsere Heimat, Volkskalender und Chronik des Kreises Hattingen und seiner Umgebung 1923, S.65f.
- 6 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/328, Geschäftsbericht 1918
- 7 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-5.
- 8 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-5.
- 9 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-5.
- 10 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-6.
- 11 Stadtarchiv Hattingen, Heimat am Mittag vom 1. Mai 1937.
- 12 Stadtarchiv Hattingen, Dep5/3-31, Schreiben von Leo Gottwald an Bankdirektor Paul Spengler vom 27. Dezember 1946.
- 13 Staatsarchiv Leipzig Bestand 20884, Nr.26, Betriebsleitersitzung vom 3. November 1944.
- 14 Stadtarchiv Hattingen, Ruhr-Nachrichten vom 15. Dezember 1950.
- 15 Stadtarchiv Hattingen, WAZ vom 4. Juli 1980.
- 16 Stadtarchiv Hattingen, WAZ vom 17. Mai 1983.
- 17 Stadtarchiv Hattingen, WAZ vom 26. Januar 1984, Devisen des Betriebsratsvorsitzenden Gerd Grevel.
- 18 Stadtarchiv Hattingen, WAZ vom 1. Februar 1984
- 19 Otto König: Das Band der Solidarität. Widerstand, Alternative Konzepte, Perspektiven. Die IG Metall Verwaltungsstelle Gevelsberg-Hattingen 1945-2010. Hamburg 2012, S. 172

3. Dieser Betrieb ist besetzt

Der Kampf um die Mönninghoff GmbH in Hattingen 1983/84

Otto König

Januar 1984: Die Banken stoppen die Kreditzahlungen an die Mönninghoff GmbH in der Ruhrstadt Hattingen. Dem Flanschenproduzenten droht trotz voller Auftragsbücher die Stilllegung und den 800 Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Die Banken setzen auf Wahrung ihrer ökonomischen Interessen. Die Beschäftigten und ihre Familien sehen sich mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage konfrontiert. Damit abfinden wollen sie sich aber nicht. Sie wollen unbedingt weiterarbeiten, also verhindern sie, dass Lieferanten Material oder Maschinen aus dem Betrieb holen und machen die Tore zu. Die Mönninghoffer besetzen „ihren“ Betrieb. Während in den Werkshallen die Schmiedehämmer dröhnen, befestigen Arbeiter über der Werkseinfahrt ein Transparent: „Dieser Betrieb ist besetzt!“ Das Signal ist unmissverständlich: „Wir führen die Produktion weiter.“

„Arbeiter entwickeln neuen Stolz, neues Selbstbewusstsein und in den Familien verbreitet sich eine neue Erfahrung, wer oben und wer unten in diesem Staat ist“, schreibt Walter Jakobs in der taz. Betriebsbesetzung, das ist ein Schritt heraus aus der arbeitsrechtlichen Legalität, dem ein zweiter, mindestens ebenso ungewöhnlicher folgt: Die Belegschaft setzt die Produktion in eigener Regie fort.

Zehn Tage im Mai 1983

Bereits acht Monate zuvor – im Mai 1983 – hatten Betriebsrat und IG Metall Hattingen alarmierende Nachrichten erreicht: Die Bochumer Mineralölgesellschaft (kurz Bomin) des Unternehmers Dr. Herbert Schnapka, eine Firmengruppe mit 32 Unternehmen und rund 1.500 Beschäftigten, meldete Vergleich an. Die WestLB hatte dem Bomin-Konzern, der seinen Profit vorwiegend mit dem Import sowjetischen Öls erwirtschaftete, einen Kredit über 270 Mio. DM gekündigt. Daraufhin hatten die WestLB, die Bank für Gemeinschaft (BfG), die Dresdner Bank, die Sparkasse Bochum, das Düsseldorfer Bankhaus Schliep + Co. sowie die Deutsche Bank Filiale Nürtingen auch der Mönninghoff GmbH als einer 100%igen Bomin-Tochter Kreditlinien in Gesamthöhe von rund 4 Mio. DM eingefroren. Die Auszahlung der April-Löhne an die Mönninghoff-Belegschaft war somit gefährdet. „Wir stehen vor der Alternative,

entweder die ziehen uns das Fell über die Ohren oder wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“, so der Tenor in einer Versammlung im Hattinger Gewerkschaftshaus. Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und ihre IG Metall stimmten überein: „Wir müssen Druck auf die Banken und die Landespolitik machen.“

So demonstrierten die Schmiedewerker gemeinsam mit den Beschäftigten anderer Metallbetriebe auf dem Hattinger Untermarkt und forderten die Banken lautstark auf, den Kredithahn wieder zu öffnen. Vor der Staatskanzlei in Düsseldorf appellierten 200 Beschäftigte an Johannes Rau: „Sprechen sie ein Machtwort, Herr Ministerpräsident.“ Und, um zu verhindern, dass Lieferanten ihr Vormaterial wieder abtransportierten oder es mit einem Eigentumsvorbehalt kennzeichneten, wurden bereits damals die Werkeingänge bewacht.

Schließlich der 17. Mai: Während im Hattinger Rathaus die Vertreter der Hausbanken tagten, versammelten sich 6.000 Menschen – Arbeitnehmer*innen aus Metall- und Stahlbetrieben, aus der Stadtverwaltung sowie Bürger*innen der 60.000-Einwohner-Stadt – auf dem Platz vor dem alten Rathaus. Als die Mitteilung von der Einigung der Banken auf dem Platz eintraf und der Gewerkschafter Hartmut Schulz „Mönninghoff ist gerettet“ ins Mikrofon schmetterte, ertönte aus den 6.000 Kehlen ein unüberhörbarer Jubelschrei. Wildfremde Menschen fielen sich übergänglich in die Arme. Doch ihre Freude war verfrüht.

Dreieinhalb Monate sollte es dauern, bis der Bürgerschaftsausschuss des Landes NRW die Übernahme einer 75%igen Landesbürgschaft zu einem Kredit von 28 Mio. DM beschloss. Die Banken brauchten dann einen weiteren Monat, um die erste Rate auszuzahlen. Durch diese Verzögerung traf, trotz gesteigerter Auftragsengpässe, der größte Teil der betriebswirtschaftlichen Annahmen nicht mehr ein. Hinzu kam, dass wesentliche Bestandteile des vorgesehenen Sanierungskonzepts nur schleppend umgesetzt wurden. Obwohl dies allen Beteiligten bewusst war, verlangten Banker und Ministerialbeamte von der Geschäftsführung immer wieder neue Konzepte – stets basierend auf dem Mittel massiven Personalabbau.

Als Anfang 1984 gerade einmal 12,4 Millionen DM des landesverbürgten Kredits ausbezahlt waren, stellten die Vertreter der West-LB und BfG schließlich fest: „Nach Auffassung der kreditgebenden Banken, besteht keine reelle Überlebenschance mehr für das Unternehmen“. Danach stornierten sie endgültig die Kredite. Der Vergleich stand ins Haus.



Mönninghoff Besetzung 1984. Foto: Archiv IG Metall Gevelsberg-Hattingen

„Dieser Betrieb wird besetzt!“

Wieder griffen die Mönninghoffer zur Notwehr: Sie besetzten erneut den Betrieb und führten die Produktion in eigener Regie weiter. Was sollten die Betroffenen auch sonst tun? Betriebsrat, gewerkschaftliche Vertrauensleute und die Kolleg*innen im Betrieb empfanden die „Vernichtung“ der Arbeitsplätze bei Mönninghoff als ein durch die Banken verübtes Unrecht. Ihre Gegenwehr, die Betriebsbesetzung, sahen sie nicht als rechtswidrig an. Im Gegenteil: Durch sie soll die Ausplünderung des Werks durch die Gläubiger und Vormateriallieferanten verhindert werden, sodass der von der Stilllegung bedrohte Betrieb weitergeführt werden konnte.

Betriebsbesetzungen sowie -übernahmeversuche durch Belegschaften waren Anfang der 1980er Jahre innerhalb der IG Metall umstritten. Während die örtliche Verwaltungsstelle in Hattingen darin eine Möglichkeit sah, den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum zu erweitern, hielt sich der Bundesvorstand in Frankfurt am Main zurück – mit Verweis auf die „herrschende“ Rechtslage und die Gefahr, dass die Gewerkschaft im Falle einer offiziellen Unterstützung womöglich schadenersatzpflichtig gemacht werden könnte. Vor Ort fragten sich betriebliche und hauptamtliche Funktionäre: Warum kann ein Arbeitgeber unter Verweis auf sein Eigentum das Wissen, die Erfahrung und die Qualifikation der Kolleg*innen

enteignen und somit die Existenzgrundlage hunderter Familien vernichten? Warum ist das legitim? Warum wird hingegen der Widerstand der Betroffenen gegen ihre existenzielle Bedrohung ins Unrecht gerückt? Schließlich verteidigten die Mönninghoffer ihre Arbeitsplätze und damit ihre Würde als arbeitende Menschen.

Natürlich war allen bewusst, dass es nicht zu den traditionellen Aufgaben der IG Metall gehörte, im Konkurs befindliche Unternehmen zu sanieren. Doch hatte diese Belegschaft eine „traditionelle“ Antwort verdient? In den Debatten kristallisierte sich heraus: Um die Arbeitsplätze zu sichern, müssten eigene Vorstellungen entwickelt werden. Einerseits bedeutete dies Neuland, andererseits leiteten in diesen Tagen, da genügend Aufträge vorlagen, ohnehin Techniker, Ein- und Verkäufer sowie Arbeitsvorbereiter den Betrieb. Sie planten, organisierten, verkauften – quasi am Vergleichsverwalter vorbei – und gewannen an Selbstbewusstsein. Gab es also Modelle, den Betrieb in Eigenregie fortzuführen? Zur Erarbeitung eines Konzepts zur Fortführung des Betriebs wurde eine Gruppe von alternativen Belegschaftsberatern um den ehemaligen Foto-Porst-Geschäftsführer Wolfgang Diez hinzugezogen.

„Und nur durch Solidarität aus unsrer Angst auch Mut entsteht!“

Nach dem Motto „Wir tauschen Flansch gegen Beteiligung an der Aufgangsgesellschaft“ schleppten einige Beschäftigte indessen fertig gedrehte Flanschen in die Schalterhallen von Sparkasse und BfG in Bochum. Arbeiter-Ehefrauen demonstrierten mit ihren Kindern vor der Zentrale der WestLB in Düsseldorf und machten lautstark klar: „Keiner schiebt uns weg!“ Solche fantasievollen Aktionen waren es, die Presse und Medien stets aufs Neue nach Hattingen zogen und über den Kampf der Mönninghoffer berichten ließen. Damit wurde die Betriebsbesetzung über die Grenzen des Ruhrgebiets hinweg bekannt.

Die Solidarität der Belegschaften umliegender Metallbetriebe, von Kultur- und Medienschaffenden sowie aus der Bevölkerung war überwältigend. Mit „Kind und Kegel“ strömten Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen in den besetzten Betrieb. Wo sonst Maschinenlärm und das Donnern der Schmiedehämmer den Ton angaben, sang die neugegründete „Mönninghoff-Songgruppe“: „Wir wissen, dass der Kampf wird schwer, / doch eine andere Antwort gibt's nicht mehr / und nur durch Solidarität / aus unsrer Angst auch Mut entsteht.“ Es waren rund 3.000 Menschen, die den Kämpfenden auf dem ersten Solidaritätsfest Mut machten.

Der Konflikt spitzte sich zu. Das Vergleichsverfahren ging Mitte Februar in den Anschlusskonkurs über. Konkursverwalter Dr. Harald Schulz sprach in einer Betriebsversammlung kurzerhand die Entlassung fast der gesamten Belegschaft aus. „Wir bleiben im Betrieb“, war die Antwort der Beschäftigten. Das zeigte Wirkung. Unter Vermittlung von NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen wurde erreicht, dass 300 von 800 Beschäftigten die Produktion befristet bis zum 30. Juni 1984 fortführten. Die Spaltung der bisher geschlossen agierenden Belegschaft drohte. Und tatsächlich kam es bald zu Reibereien zwischen den Kollegen, die weiterbeschäftigt wurden, und denen, die freigestellt waren.

Das Hattinger Modell

In den Arbeitsgruppen „Produkte und Produktion“ und „Berufsqualifizierende Maßnahmen“ arbeiteten nun Beschäftigte, Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute zusammen mit den externen Beratern und der IG Metall an der Erstellung einer Unternehmensplanung für die Hattinger Schmiede- und Presswerke GmbH sowie an dem Konzept für eine Berufsbildungsstätte. Vorgesehen war die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung durch die Belegschaft, die zusammen mit anderen potenziellen Geldgebern über eine Fortführungsgesellschaft das Unternehmen weiterbetreiben sollte. Da sich das Stiftungsmodell nicht realisieren ließ, gründeten die Mönninghoffer stattdessen den gemeinnützigen Verein „Bildung für Arbeitnehmer in Hattingen“, der eine GmbH zur Weiterführung der Produktion einrichten und die Trägerschaft über die Berufsbildungsstätte auf dem Werksgelände übernehmen sollte.

Die Banken erklärten sich schließlich bereit, auf sechs Millionen von insgesamt 11,5 Millionen Mark an Forderungen zu verzichten und das Anlagevermögen der Firma Mönninghoff für 5,5 Millionen DM an die Mönninghoff-Belegschaft zu übertragen. Die BfG sagte zu, ihren Anteil von 2,75 Millionen Mark langfristig zu kreditieren, die Dresdner Bank versicherte, ihren ebenso hohen Anteil für ein Jahr zu stunden. Die Landesregierung sicherte zu, die Finanzierung der laufenden Geschäfte durch die WestLB per Bürgschaft zu 100 Prozent abzusichern. Auch der Rat der Stadt Hattingen zeigte Flagge: Die Stadtverordneten beschlossen, die Stadt werde sich mit einem finanziellen Beitrag von bis zu 2 Mio. DM an der Rettung der Arbeitsplätze beteiligen. Am 17. April 1984 übergab der Betriebsrat an Banken, Stadt und Wirtschaftsministerium NRW ein 43 Seiten umfassendes „1. Planungskonzept für die Hattinger Schmiede-

und Presswerke GmbH als Betriebsübernahmegesellschaft des Betriebes der Mönninghoff GmbH i. K.“ Damit sollten 440 Arbeitsplätze gerettet und 250 Plätze in der Berufsförderungsstätte eingerichtet werden.

„Das grüne Band der Sympathie“ erdrosselt Mönninghoff-Belegschaft

Der Versuch, der sich in Hattingen anbahnenden arbeitsmarktpolitischen Katastrophe mit dem „Hattinger Modell“ eine beschäftigungs- und regionalpolitische Alternative entgegenzusetzen, scheiterte nach Ansicht der Betroffenen letztlich an der Angst der Vertreter von Finanzkapital und Politik vor der möglichen Beispielwirkung eines von Arbeitnehmer*innen übernommenen Betriebes. Beim Spitzengespräch aller Beteiligten im Wirtschaftsministerium in Düsseldorf am 8. Mai 1984 scherte die Dresdner Bank in letzter Minute aus und erklärte, sie könne ihr zuvor gemachtes Angebot nicht mehr aufrechterhalten. IG Metalller Hartmut Schulz kommentierte erbittert: „Das grüne Band der Sympathie erdrosselt die Mönninghoff-Belegschaft.“ Und die Betroffenen fragten ernüchert: „Wer regiert in diesem Land, Johannes oder Bänklers Hand?“

Ende Juni 1984 wurde die Produktion in der Nähe des Hattinger Bahnhofs eingestellt: Für die Schmiedewerker war endgültig „Schichtende“. „Wir Mönninghoffer haben unseren Kampf ohne Illusionen, aber mit Hoffnungen begonnen. Wir haben zwar diesen Kampf verloren, aber wir verlassen mit erhobenem Haupt den Betrieb und mit dem Bewusstsein, dass unser Kampf ein Vorbild für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen“, hieß es in der letzten Erklärung der Mönninghoff-Belegschaft. Für sie stand fest: Sie durften „ihren“ Betrieb nicht in Arbeitnehmerhand fortführen, da „ihr Beispiel hätte Schule machen können“.

Was blieb? Manche der von den Mönninghoffern entwickelten Aktionsformen sollten Vorbildcharakter für die Kämpfe der Stahlarbeiter im Revier am Ende der 1980er-Jahre haben. Beispielhaft waren auch die Aktivitäten der „Fraueninitiative“, die den Kampf wesentlich mitgetragen hatten. Die IG Metall unterstützte in den folgenden Jahren zunehmend Initiativen zur betrieblichen Beschäftigungssicherung und regionalen Strukturpolitik. Als Gegenpart zu Unternehmensberatern wie Roland Berger, McKinsey etc. und entgegen der Tendenz zu Betriebsstilllegungen und Entlassungen zur Befriedigung kurzfristigen Profits entwickelte sich in den folgenden Jahren eine Kultur der arbeitnehmernahen Beratung von Betriebsräten und zur Erarbeitung alternativer Konzepte.

Literaturauswahl

König, Otto, Adi Ostertag und Hartmut Schulz (Hg.): „Unser Beispiel könnte ja Schule machen!“ Das Hattinger Modell – Existenzkampf an der Ruhr. Köln 1985.

König, Otto: Das Band der Solidarität. Widerstand, Alternative Konzepte, Perspektiven. Die IG Metall Verwaltungsstelle Gevelsberg-Hattingen 1945-2010. Hamburg 2012.

4. Der Konsul ist schon lange tot: Die Kamera im Arbeitskampf

Vom dokumentarischen Feldversuch zum politischen Filmprojekt
Timo Nahler

„Kirchheim Teck dichtgemacht, Bochum dichtgemacht, Hattingen dichtgemacht, sowas gibt’s doch nicht! ... Wirtschaftsverbrecher sind das doch normalerweise!“ Arbeiter der insolventen Firma Mönninghoff machen ihrem Zorn vor laufender Kamera Luft. Ihrem Werk in der beschaulichen Ruhrstadt Hattingen steht im Frühjahr 1984 die Schließung bevor. Ihnen selbst droht die Arbeitslosigkeit. Die Schuldigen für die Misere scheinen klar: Verantwortungslos und verschwenderisch haben Konzern- und Geschäftsführung das ehemalige Traditionsunternehmen heruntergewirtschaftet, Banken und Politiker lassen die rund 800-köpfige Belegschaft im sprichwörtlichen Regen stehen.

So einfach ihrem Schicksal ergeben wollen sich die Mönninghoffer aber nicht. Sie nehmen den Kampf auf. Bereit, zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze auch unkonventionelle Mittel und Wege zu nutzen, besetzen sie ihr Werk und halten den Betrieb in Eigenregie am Laufen. Gemeinsam mit externen Unternehmensberatern und der örtlichen IG Metall entwickeln sie ein alternatives Planungskonzept zur langfristigen Fortführung des Werks in Belegschaftshand. Mit aufwendigen wie originellen Aktionen und Veranstaltungen tragen die Mönninghoffer und ihre Familien ihren Arbeitskampf in die Öffentlichkeit. Denn ihnen ist völlig klar: Soll ihr „Hattinger Modell“ eine Chance haben, brauchen die Mönninghoffer den moralischen Rückhalt der Bevölkerung und, um diesen zu gewinnen,

eine wohlwollend berichtende Presse. Nur mithilfe öffentlichen Drucks würde es gelingen, die Vertreter der Banken sowie die Repräsentanten von Stadt und Land an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Sich allein auf örtliche Zeitungen und Lokalrundfunk verlassen möchte man sich aber nicht. Daher begeben sich Betriebsrat und Aktionskomitee unmittelbar nach Bekanntwerden der Pleite auf die Suche nach weiteren Kanälen, um ihre Sache publik zu machen. Mitte Februar wendet sich Hans Möller, Betriebsratsmitglied und Angehöriger der DKP in Hattingen, an das Essener Medienzentrum Ruhr e.V. (MZR).

Mit der Kamera nah dran – Der Videokurs der Filmwerkstatt Borbeck

1981 von einer Handvoll Studenten der Kunstpädagogik ins Leben gerufen, hatte sich das MZR einer Medienarbeit verschrieben, die eine Alternative zur Berichterstattung der staatlich finanzierten, öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten schaffen wollte. Tom Briele, Jörg Keweloh, Axel Reisch und die anderen Gründer des MZR sahen sich in der „Tradition“ zahlreicher Medienkollektive, die sich seit Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik gebildet hatten.

Als gemeinnützige Vereine hatten diese einerseits zum Ziel, durch sozialpädagogische Bildungsangebote, Jugendliche und Erwachsene für Funktionsweisen und Möglichkeiten audiovisueller Medien zu sensibilisieren. Andererseits nutzten sie das bis dahin weitgehend unpopuläre und mit einem gewissen Schmutzel-Image behaftete Medium Video dazu, den Betroffenen sozialer Konfliktlagen eine Stimme zu verleihen. Bei dieser Medienarbeit „von unten“ ging es aber nicht allein um die bloße Dokumentation von Missständen. Vielmehr galt es, Handlungsperspektiven aufzuzeigen und die Konflikte gezielt zuzuspitzen. Man betrachtete sich als Teil der sozialen Bewegung, die man filmte. Verbreitung fanden die dabei entstandenen Filme über ein bundesweites Netzwerk, das die verschiedenen Gruppen untereinander bildeten.

Der Zeitpunkt des Anrufs aus Hattingen ist für das MZR vermeintlich ungünstig. Tom Briele und Axel Reisch befinden sich in Süddeutschland und dokumentieren die Blockade eines Sondermunitionslagers der Bundeswehr durch antimilitaristische Aktivist*innen. Zu Beginn der 1980er-Jahre ist zunächst noch die Friedensbewegung das Leitthema des MZR. Als bei Mönninghoff die Werkstore dichtgemacht werden, weilt von den gestaltenden Mitgliedern des MZR lediglich Jörg Keweloh in Essen. Im Rahmen

eines Volkshochschulkurses in der Filmwerkstatt Borbeck gibt er in diesen Tagen einer Gruppe junger Erwachsener, mehrheitlich Studierende aus der linksalternativen Szene, eine Einführung in die Videotechnik. Die dramatische Entwicklung in Hattingen verlangt eine schnelle Reaktion. Auf die Rückkehr Brieles und Reischs zu warten, würde verschenkte Zeit bedeuten. Zumal die Betriebsbesetzung dem MZR die Chance auf ein seit langem ersehntes, ruhrgebietstypisches Wunschprojekt verheißt – nah dran am „revolutionären Subjekt“ Arbeiterschaft.

Gemeinsam mit seinen acht Kursteilnehmer*innen beschließt Keweloh, nach Hattingen zu fahren. Sie wollen sich die Situation vor Ort ansehen und gegebenenfalls etwas drehen. Ein wirkliches Konzept haben sie freilich noch nicht. Was die jungen Leute jedoch mit auf das Mönninghoff-Gelände bringen, ist ihre Neugierde. „Besetzung“, das klingt nach Aktion. Die Möglichkeit, erstmals hinter die Mauern eines Industriebetriebs zu blicken, ist verlockend. Schließlich kennen sie die Produktionsstätten, in deren Nachbarschaft sie aufgewachsen sind, bislang nur als abgeschotetete Areale. Und natürlich wollen sich die filmischen Laien an der Technik ausprobieren, die sie soeben im Videokurs kennengelernt haben.

Binnen kürzester Zeit springt der Funke über. Begeistert von Mut und Entschlossenheit der Mönninghoffer und fasziniert von deren Arbeitswelt, fahren Keweloh und seine Mitstreiter*innen in den folgenden Wochen immer wieder nach Hattingen. Sie wollen „dranbleiben“, die Entwicklungen, deren Zeugen sie werden, in ihrer Vielschichtigkeit verstehen und dokumentieren. Mit der Kamera begleiten sie die von der Belegschaft organisierten Veranstaltungen und Aktionen, halten Betriebsversammlungen sowie Besprechungen von Aktionskomitee und Fraueninitiative fest, führen Interviews mit Belegschaft und Gewerkschaftsfunktionären.

Zwischen den Drehs recherchieren sie Hintergrundinformationen und beginnen, ihr Material in einzelne thematische Kapitel zu schneiden. Gearbeitet wird im Kollektiv. Eine klare Rollenverteilung gibt es nicht: Kamera, Mikrofon, Schnitt – jeder macht alles. Kursleiter Keweloh hält nicht nur im Hintergrund die Fäden zusammen und leitet in technischen Fragen an. Er setzt inhaltliche und gestalterische Impulse, führt einen Großteil der Interviews. Trotz zum Teil anstrengender Diskussionen entwickelt sich ein intensiver Arbeitszusammenhalt. Temporär wird für einen harten Kern die „Produktionscombo schneller suum“, wie sich die Gruppe irgendwann nennen wird, zum Lebensmittelpunkt. Studium oder Beruf müssen pausieren. Die Filmwerkstatt im Schloss Borbeck dient in dieser Zeit als Basis



Der Betriebsratsvorsitzende verkündet auf der Belegschaftsversammlung die Schließung von Mönninghoff. Standbild aus dem Film „Der Konsul ist schonlange tot“ von 1985

und Wohnung zugleich. Briele und Reisch unterstützen, wo sie können, erwirken eine Förderung des Projekts durch das Filmbüro NRW.

Je länger der Kampf andauert, je konkreter die Pläne zur Realisierung der Utopie „Belegschaftsbetrieb“ werden, desto stärker werden aufseiten der Amateurfilmer die Identifikation mit den Mönninghoffern und der Wille, ihnen zu helfen. Indessen legen viele der Arbeiter ihre anfängliche Scheu ab, gewöhnen sich an die jungen Leute aus Essen. Man begegnet sich mit gegenseitiger Sympathie, spricht dieselbe Sprache. Kamera und Mikrofon bieten den Kämpfenden eine Möglichkeit, sich Wut, Frust und Zukunftsängste von der Seele zu reden. Aber die Videogruppe eckt auch an. Sie bohrt nach, stellt polemische Fragen, wird durch den Betriebsrat sogar für kurze Zeit des Werksgeländes verwiesen.

Als die Vision „Hattinger Modell“ Mitte 1984 am Widerstand der Banken zerbricht, ist die Enttäuschung aufseiten der „Produktionscombo“ groß. Nicht nur für die Mönninghoff-Belegschaft, sondern auch für sie geht ein dramatischer, kräftezehrender, aber immer wieder auch inspirierender und hoffnungsvoller Prozess zu Ende. Das Loslassen fällt den Videoamateuren schwer. Zumal nicht klar ist, was mit dem vielen Material geschehen soll, das sie seit Februar aufgenommen haben. Ohne ein der Bewusstseinsbildung von Belegschaft und Arbeiterbewegung dienendes Endprodukt, wären die Bemühungen der vergangenen Wochen und Monate um-

sonst gewesen. Die Gruppe konkretisiert also ihre Fragestellungen, lotet gemeinsam mit ihren Mentoren vom MZR mögliche Ansatzpunkte und Perspektiven aus. Erste thematische Kapitel werden im Aktionshaus der Mönninghoffer gezeigt und anschließend mit Teilen der Belegschaft und Gewerkschaftern diskutiert. Mit dieser fragmentarischen Spiegelung von Einzelaspekten möchten sich Keweloh und seine Kursteilnehmer*innen aber nicht zufriedengeben. Sie wollen die Sache der Mönninghoffer in die Öffentlichkeit tragen und den Kampf, den sie beinahe von Anfang bis Ende begleitet haben, möglichst in seiner Gesamtheit abbilden.

„Der Konsul ist schon lange tot“

In ihrer Entscheidung, dem Kampf bei Mönninghoff einen vollständigen Film zu widmen, werden die Laienfilmer spätestens im November 1984 bestätigt. Bei der Duisburger Filmwoche, einem der wichtigsten deutschen Dokumentarfilm-Festivals, darf die „Produktionscombo schneller suum“ einen Rohschnitt zeigen. Die Resonanz des Publikums ist groß. Nicht nur der Film, sondern auch die Herausforderungen kollektiven filmischen Arbeitens sind Gegenstand der Diskussion.

Im Frühjahr 1985 ist der Film fertig. „Der Konsul ist schon lange tot – Der Kampf bei Mönninghoff Gottwald“, so der sperrig wirkende Titel. Das Band wird über den Videoverleih des MZR angeboten und zudem an den DKP-nahen Dortmunder Filmverleih UNIDOC verkauft. Gezeigt wird der Film bei Filmabenden in Kneipen, Szenetreffs, Kultur- und Bürgerzentren. Dass dies vorwiegend in schwarzweiß geschieht, hat pragmatische Ursachen. Schwierige Lichtverhältnisse in den Mönninghoff-Werkhallen sowie eine blaustichige Kamera hatten den Videolaien während der Aufnahmen erhebliche Probleme bereitet. Große Teile des Materials sind infolgedessen unterbelichtet und weisen Farbverschiebungen auf.

Aber der etwa hundertminütige Film lebt weniger durch Ästhetik oder Dramaturgie als vielmehr durch seine Authentizität. Lange Einstellungen und möglichst ungeschnittene O-Töne vermitteln den Eindruck dokumentarischer Realität. Dabei begegnet der Zuschauer den Kämpfenden auf Augenhöhe, erlebt die Situation durch den Blickwinkel der Kamera quasi als Teil der Bewegung.

Viel Zeit verwendet der Film darauf, die Produktionsstätten und die Menschen bei ihrer Arbeit an den Maschinen zu zeigen. Davon ausge-

hend wird der Arbeitskampf als Prozess der Emanzipation nachvollzogen: Die Mönninghoffer nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand und werden dabei ihrer bislang verborgenen Potenziale und Fähigkeiten gewahr.

„Nicht die Entscheidungen von Banken und Politikern stehen im Mittelpunkt dieses Films. Die kämpfenden Menschen reden über sich und ihre Erfahrungen. Es zeigt sich, welche Sprengkraft ein solcher Arbeitskampf entwickelt. Aneignung des Betriebes, Selbstbestimmung und der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit werden zu konkreten Erfahrungen. Das Beispiel Mönninghoff (und der Film) zeigt neue Möglichkeiten des betrieblichen Kampfes, ihre Chancen, die weit über die Grenzen des Betriebes von Bedeutung sind, und diskutiert die Rolle der Gewerkschaft am Ende der Sozialpartnerschaft.“, so die Ankündigung im MZR-Verleihkatalog 1984/85.

Hintergründe und Zusammenhänge versucht der Film durch Texttafeln, handgezeichnete Schaubilder und Off-Texte zu erklären – zwar durchaus sachlich, nicht aber aus neutraler Distanz heraus. Der Tenor ist linksalternativ und systemkritisch. Bänker und Politiker werden als Antagonisten der Belegschaft und als Sinnbilder einer menschenverachtenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung an den Pranger gestellt. Deren Statements werden durch „Einfrieren“ des Bildes und spöttische Blechblasmusik als arrogant und unredlich „entlarvt“. Gleichzeitig scheut es die Videogruppe aber auch nicht, bewegungsinterne Probleme und Schwächen zu thematisieren. So finden sich die im Verlaufe des Kampfes unter den Mönninghoff-Kolleg*innen auftretende Missgunst und Konkurrenz ebenso kritisch kommentiert, wie eine vermeintliche, in der Belegschaft virulente Romantisierung der „guten alten Gottwald-Zeiten“.

Die Fertigstellung des Films bedeutet für die Angehörigen der „Produktionscombo schneller suum“ eine Zäsur. Mit dem Projekt, das Monate zuvor als Volkshochschulkurs begonnen hatte, endet nunmehr ein kräftezehrender, jedoch vor allem sinnstiftender experimenteller Ausbruch aus dem geregelten Alltag. Die Gruppe löst sich auf, die Kursteilnehmer*innen kehren in ihr vorheriges Leben zurück – jeder für sich geprägt durch die Erfahrung, Teil des Kampfes bei Mönninghoff gewesen zu sein.

Obgleich ein großer Erfolg, so bleibt „Der Konsul ist schon lange tot“ für das praktische Schaffen des MZR doch letztlich ein Ausnahmefall. Die in den 1980er-Jahren folgenden Projekte behandeln vorrangig andere The-

men als die Arbeiterbewegung, wie etwa den Umweltschutz oder Fragen der internationalen Solidarität. Nachdem sich 1989 bis auf Keweloh alle Gründungsmitglieder aus der aktiven Medienarbeit des Vereins zurückziehen, richtet sich der Fokus in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet sowie die Themen Integration, Alter und Soziales oder auch Kunst, Kultur und Geschichte. Die Dokumentation über den Arbeitskampf des Jahres 1984 gerät indessen, ähnlich wie auch das „Hattinger Modell“ selbst, in Vergessenheit.

Der Filmbestand des Medienzentrums Ruhr

Bis zu seinem Tod ist Jörg Keweloh maßgeblich gestaltender Akteur des MZR. Als er 2012 nach langer Krankheit stirbt, hinterlässt er auf dem Dachboden des Vereinsgebäudes in Essen-Stadtwald ein umfangreiches Videoarchiv. Verpackt in Umzugskartons lagern dort unter denkbar schlechten klimatischen Bedingungen mehr als 4.500 Einheiten, überwiegend U-Matic und Beta SP-Kassetten. Bei Aufräumarbeiten wird das Konvolut 2014 „wiederentdeckt“. Die Bänder sind zu diesem Zeitpunkt bereits stark durch Feuchtigkeit und Temperatureinwirkungen angegriffen. Ein wertvoller Filmfundus zur jüngeren Sozial- und Gesellschaftsgeschichte des Ruhrgebiets droht zu zerfallen. Um dies zu verhindern, wird eine Aktion zur Rettung des MZR-Videovermögens koordiniert. Unterstützt durch das LWL-Industriemuseum erwirbt das LWL-Medienzentrum in Münster den Videobestand. In dessen Auftrag beginnen Kewelohs Nachfolger in Essen damit, die Videos zu digitalisieren. Durch das Bild-, Film- und Tonarchiv des LWL-Medienzentrums werden die erzeugten Filmdateien inhaltlich erschlossen, dokumentiert und öffentlich zugänglich gemacht.

Bei diesen Arbeiten, die sich bis ins Frühjahr 2019 hinziehen, sticht das Mönninghoff-Material des Jahres 1984 deutlich hervor. Digitalisate von mehr als 150 Kassetten allein dieses Projekts laufen zur Auswertung in Münster auf. Darunter befinden sich verschiedene Schnittversionen und Unmengen an Rohmaterial, beides jedoch in großenteils miserablen technischen Zustand. Dennoch fassen die Verantwortlichen des LWL-Medienzentrums den Entschluss, mit dem Film mehr machen zu wollen, als ihn bloß zu archivieren und über die Online-Datenbank des Filmarchivs recherchierbar zu machen. Im Herbst 2017 wird schließlich ein Projekt zur „Wiederverwertung“ von „Der Konsul ist schon lange tot“ angestoßen. Im Rahmen einer DVD-Edition ist der Film sowohl als zeithistorisches Dokument als auch in seiner Dimension als medienge-

schichtliche Quelle aufgearbeitet worden. Die „Irene und Sigurd Greven Stiftung“ in Köln erklärte sich zu einer finanziellen Förderung des Vorhabens bereit.

Der Film wird einer aufwändigen digitalen Überarbeitung unterzogen. Anders als in den 1980er-Jahren können Farbverschiebungen und Belichtungsfehler nunmehr mittels moderner Computertechnik weitgehend korrigiert werden. Auch die Tonmischung wird optimiert. Beschränkt sind die Eingriffe aber allein auf die technischen und materiellen Mängel des Ausgangsmaterials. Inhaltliche, dramaturgische oder gestalterische Veränderungen werden hingegen vermieden. Auch anfängliche Überlegungen, den Film in seiner langen Laufzeit zu kürzen, werden verworfen. Es gilt, Authentizität und Charakter des ursprünglichen Werkes bestmöglich zu bewahren.

Unter der Regie des Filmemachers Daniel Huhn starten im April 2019 zudem die Dreharbeiten zu einem Begleitfilm. Eingebettet in Ausschnitte aus „Der Konsul ist schon lange tot“ sowie unterstützt durch weiteres filmisches und fotografisches Archivmaterial, sollen Zeitzeugeninterviews die Geschichte der Filmentstehung im Kontext des Arbeitskampfes bei Mönninghoff illustrieren. Ehemalige Angehörige der „Produktionscombo schneller suum“ und des MZR, ehemalige Mönninghoffer und Gewerkschafter sowie ein Hattinger Stadthistoriker kommen zu Wort. Mit einem Abstand von mittlerweile 35 Jahren erzählen sie von den Hintergründen und ihren individuellen Erfahrungen als Teil einer politischen Bewegung, berichten von persönlichen und strukturellen Grenzen, von Enttäuschung und Frustration, aber auch von Aufbruch und Hoffnung, Selbstbewusstsein und Solidarität.

Weiterführende Literatur

Does, Carsten: fünfundvierzig minuten straßenschlacht, ungeschnitten. stichworte zur geschichte einer linken videoarbeit in der brd. In: Joachim Becker (Hg.): bignes? Size does matter. Image/Politik. Städtisches Handeln. Kritik der unternehmerischen Stadt. Berlin 2001.

Faenza, Roberto: Wir fragen nicht mehr um Erlaubnis. Handbuch zur politischen Videopraxis. Berlin 1975.

Lottmann, Eckart: Alternative Medienarbeit. Medienarbeit im Spannungsfeld zwischen Politik und Pädagogik. In: Andreas Broeckmann und Rudolf Frieling (Hg.): Bandbreite – Medien zwischen Kunst und Politik. Berlin 2004.

5. Produktionsangaben

1. **Die Kamera im Arbeitskampf**
Industrie- und Mediengeschichte im Ruhrgebiet der 1980er Jahre
(2019, 40 Min., Farbe)

Buch und Regie: Daniel Huhn

Co-Autor: Timo Nahler

Kamera: Thomas Moormann

Schnitt: Niklas Droste, Thomas Moormann

Ton: Detlef Schöning

Musik: Zapfenfrei Blasen (1984)

Tonmischung: Thomas Moormann

Sprecherin: Irmhild Willenbrink

Authoring: Lukas Borgschulze, Niklas Droste

Archiv: Dirk Fey

Redaktion: Claudia Landwehr, Timo Nahler

Produktionsleitung: Hermann-Josef Höper

Für ihr Mitwirken danken wir

Sabine Weismüller, Hans-Werner Fittkau, Thomas Weiß, Otto König,
Tom Briele, Jürgen Scholz, Christina Flügge

Für ihre Unterstützung danken wir außerdem

Falk Seidel, Kurt Erbay, Joachim Thommes, Robert Laube, Birgit Schulz,
Delia Pätzold

Historisches Film- und Fotomaterial

Medienzentrum Ruhr e.V., Stadtarchiv Hattingen, Stadtarchiv Gelsenkirchen,
IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel, IG Metall Verwaltungsstelle
Gevelsberg-Hattingen, Manfred Vollmer, H. W. Walter Hesse, Tom Briele

Trotz intensiver Bemühungen konnten nicht alle Rechte zweifelsfrei
geklärt werden. Berechtigte Ansprüche bitten wir an das LWL-Medien-
zentrum zu richten.

Gefördert von der Irene und Sigurd Greven Stiftung, Köln

Eine Produktion des LWL-Medienzentrums für Westfalen
in Kooperation mit dem Medienzentrum Ruhr e.V.

2. **Der Konsul ist schon lange tot – Der Kampf bei Mönninghoff
Gottwald**
(1984/1985, 1 Std. 44 Min., Farbe und Schwarz-Weiß)

Ein Film der „Produktionscombo schneller suum“ im Medienzentrum Ruhr e.V., namentlich: Robert Duda, Monika Grüter, Bernd Hutschenreuter, Sabine Jecht, Jörg Keweloh, Gabi Lay, Ulli Rüsing, Sabine Weismüller, Florian Wimmer

Produktionsunterstützung: Tom Briele, Axel Reisch, Klaus Simmering

Musik: Zapfenfrei Blasen

Musikton: Andreas Wölki

Technische Überarbeitung der Edition 2019:

Thomas Moormann, Timo Nahler, Detlef Schöning

6. Struktur der DVD

1. Die Kamera im Arbeitskampf

Industrie- und Mediengeschichte im Ruhrgebiet
der 1980er Jahre

(40 Min.)

2. Kapitel

Die Kapitel können einzeln angewählt werden. Der Film wird dann ab diesem Anwahlpunkt abgespielt.

1. Prolog

2. Die Werksgeschichte

3. Der Filmkurs

4. Der Arbeitskampf

5. Das Hattinger Model

6. Das Werk wird geschlossen, was bleibt?

3. Der Konsul ist schon lange tot

(1 Std. 44 Min.)



Mönninghoff Besetzung 1984. Foto: IG Metall Gevelsberg-Hattingen

„Was mich damals umgehauen hat ist, wie sehr man auf ein klassisches Herrschafts-Management verzichten kann, wenn man es nur versteht, dieses von unten nach oben zu organisieren. Wie viel Wissen in so einem Betrieb in den Köpfen ist.“
(Tom Briele, Medienzentrum Ruhr e.V.)

„Am Anfang stand ja nicht das Ziel einen Film zu machen. Sondern am Anfang stand, irgendwie zu drehen und das möglichst schnell jemandem zu zeigen ... Wir wollten ja unterstützen.“ (Sabine Weismüller, Medienzentrum Ruhr e.V.)

Dank an:
Stadtarchiv Hattingen
LWL-Industriemuseum Henrichshütte Hattingen

Förderung durch:
Irene und Sigurd Greven Stiftung

Eine Produktion des LWL-Medienzentrums für Westfalen
in Kooperation mit dem Medienzentrum Ruhr e.V.

ISBN 978-3-939974-74-1

Lehrprogramm
gemäß §14JSchG

Filmlänge 40 Min., plus ein historischer Film 1 Std. 44 Min.